

**Bekanntmachung der Neufassung der
Allgemeinen Master-Prüfungsordnung
der Hochschule Kaiserslautern
vom 28. November 2014**

Aufgrund des Artikels 2 Abs. 4 der ersten Änderungsordnung der Allgemeinen Master-Prüfungsordnung vom 17. November 2014 wird nachstehend der Wortlaut dieser Ordnung in der seit der Veröffentlichung der ersten Änderungsordnung (Hochschulanzeiger Nr. 15 vom 28. November 2014) geltenden Fassung bekannt gemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. die seit dem 3. April 2012 geltende Allgemeine Master-Prüfungsordnung (Staatsanzeiger Nr. 11 vom 2. April 2012),
3. den mit seiner Veröffentlichung geltenden Artikel 1 der eingangs genannten Änderungsordnung.

Kaiserslautern, den 28. November 2014

Prof. Dr. Konrad Wolf
Der Präsident der Hochschule Kaiserslautern

**Allgemeine Master-Prüfungsordnung
der Hochschule Kaiserslautern
in der Fassung der Bekanntmachung
vom 28. November 2014**

I N H A L T

- § 1 Geltungsbereich der Allgemeinen Master-Prüfungsordnung
- § 2 Zweck der Masterprüfung
- § 3 Prüfungsausschuss
- § 4 Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Masterarbeit
- § 5 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren
- § 6 Arten und Formen der Prüfungen, Modulprüfung, Fristen
- § 7 Mündliche Prüfungen
- § 8 Schriftliche Prüfungen
- § 9 Projektarbeiten
- § 10 Masterarbeit
- § 11 Kolloquium über die Masterarbeit
- § 12 Bewertung der Prüfungen und Modulprüfungen
- § 13 Versäumnis, Rücktritt, Unterbrechung, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 14 Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen
- § 15 Wiederholung von Prüfungen
- § 16 Anrechnung von Studienzeiten, Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen
- § 17 Umfang der Masterprüfung
- § 18 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis
- § 19 Master-Urkunde
- § 20 Ungültigkeit der Masterprüfung
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakten und Aufbewahrungsfristen

§ 1 Geltungsbereich der Allgemeinen Master-Prüfungsordnung

(1) Die Allgemeine Master-Prüfungsordnung enthält die allgemeinen Verfahrensvorschriften, die für alle an der Hochschule Kaiserslautern abzuhaltenden konsekutiven Masterprüfungen gelten.

(2) An der Hochschule Kaiserslautern ist eine Gemeinsame Prüfungskommission eingerichtet. Die Gemeinsame Prüfungskommission koordiniert die einheitliche Anwendung der Allgemeinen Bachelor- und Master-Prüfungsordnung und die Behandlung von studiengangübergreifenden Prüfungsangelegenheiten. Mitglieder sind die Kanzlerin bzw. der Kanzler der Hochschule Kaiserslautern, die jeweils vorsitzenden Personen der Prüfungsausschüsse, die Leitung des Dezernats für Studien- und Prüfungsangelegenheiten und ein Mitglied des Senats aus der Gruppe der Studierenden. Den Vorsitz führt die Kanzlerin bzw. der Kanzler.

(3) Fachprüfungsordnungen regeln die fachbezogenen Voraussetzungen für die Teilnahme an den Prüfungen sowie die Prüfungsanforderungen. Sie regeln insbesondere:

7. die Bezeichnung des Mastergrades,
8. die Anzahl der Fachsemester, in der das Studium und die Masterprüfung in der Regel vollständig absolviert werden können (Regelstudienzeit),
9. die Prüfungsgegenstände und den Umfang der für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen,
10. die Art und Form der Prüfungen und die Zeitpunkte, zu denen diese abzulegen sind,
11. die Prüfungsdauer, die Ermittlung der Prüfungsergebnisse sowie des Gesamtergebnisses der Prüfung und
12. Auslandsaufenthalte, sofern diese verbindlich vorgesehen sind.

§ 2 Zweck der Masterprüfung

Durch die Masterprüfung wird festgestellt, ob die Studierenden die Zusammenhänge ihres Faches in voller Breite überblicken und kritisch beurteilen können, die Kompetenz besitzen, abstrakte und analytische Konzepte zu entwickeln, umzusetzen und anzuwenden, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse eigenständig auf komplexe Problemstellung anwenden können und die für die Berufspraxis und angewandte Forschung notwendigen vertiefenden Fachkenntnisse erworben haben.

§ 3 Prüfungsausschuss

(1) Für das Prüfungswesen setzen die Fachbereichsräte Prüfungsausschüsse ein. Die Prüfungsausschüsse werden bei der Verwaltung der Prüfungsangelegenheiten vom Prüfungsamt unterstützt.

(2) Die Prüfungsausschüsse setzen sich mehrheitlich aus dem Kreis der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zusammen. Die Studierenden und die Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gem. § 37 Abs. 2 Nr. 3 und 4 HochSchG entsenden je mindestens ein Mitglied.

(3) Die Mitglieder werden vom jeweiligen Fachbereichsrat, das vorsitzende Mitglied und dessen Stellvertretung vom Prüfungsausschuss bestellt. Das vorsitzende Mitglied und seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter müssen Professorinnen bzw. Professoren auf Lebenszeit sein. Die Amtszeit der studentischen Mitglieder beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre. Vorzeitig ausgeschiedene Mitglieder werden durch Nachwahl für den Rest der Amtszeit ersetzt.

(4) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Allgemeinen Master-Prüfungsordnung und der jeweiligen Fachprüfungsordnung eingehalten werden. Der Prüfungsausschuss legt bei Bedarf dem bzw. den beteiligten Fachbereichen einen Bericht über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Masterarbeit sowie über die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten vor. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform des Studienplans und der Fachprüfungsordnung.

(5) Der Prüfungsausschuss ist für die Organisation der Prüfungen und für Entscheidungen in Prüfungsangelegenheiten zuständig. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen und sorgt dafür, dass ein Widerspruch in der Regel innerhalb von drei Monaten nach dessen Einlegung beschieden werden kann. Er legt im Benehmen mit den Prüfenden die Prüfungstermine und die Bearbeitungszeiten fest und bestimmt, bis zu welcher Frist die Meldung und ggf. der Antrag auf Zulassung zu Prüfungen mit den erforderlichen Unterlagen spätestens vorliegen muss. Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass Prüfungstermine, Bearbeitungszeiten und Anmeldefristen spätestens bis zum Beginn der Vorlesungszeit des jeweiligen Semesters bekannt gegeben werden.

- (6) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf das vorsitzende Mitglied übertragen; dies gilt nicht für Widersprüche und den Bericht an den Fachbereich.
- (7) Mitglieder, die die Voraussetzungen nach § 25 Abs. 5 HochSchG nicht erfüllen, haben bei Entscheidungen des Prüfungsausschusses über die Bewertung und Anrechnung von Prüfungen kein Stimmrecht. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei allen Prüfungen zugegen zu sein, studentische Mitglieder nur, soweit sie sich nicht im gleichen Zeitraum zu derselben Prüfung angemeldet haben.
- (8) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nichtöffentlich. Ein Vertreter des Prüfungsamtes nimmt beratend an den Sitzungen des Prüfungsausschusses teil. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied oder durch die Stellvertretung zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (9) Der Prüfungsausschuss entscheidet durch Beschluss. Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder einschließlich des vorsitzenden Mitgliedes anwesend ist. Bei Stimmgleichheit entscheidet das vorsitzende Mitglied.

§ 4 Prüfende und Beisitzende, Betreuende der Masterarbeit

- (1) Der Prüfungsausschuss bestellt Prüfende und Beisitzende sowie Betreuende der Masterarbeit.
- (2) Prüfende sind Professorinnen, Professoren, Honorarprofessorinnen, Honorarprofessoren, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Bei Vorliegen besonderer Gründe, können auch in der beruflichen Praxis erfahrene Personen, Assistentinnen, Assistenten sowie Lehrende ausländischer Hochschulen die eine dem Personenkreis gemäß Satz 1 gleichwertige Qualifikation besitzen, vom Prüfungsausschuss zu Prüfenden bestellt werden. Prüfende müssen, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine eigenverantwortliche, selbstständige Lehrtätigkeit an einer Hochschule ausgeübt haben.
- (3) Zur Beisitzerin, zum Beisitzer kann nur bestellt werden, wer in einem vergleichbaren Fachgebiet einen mindestens gleichwertigen Abschluss erreicht hat.
- (4) Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass den Studierenden die Namen der Prüfenden und Beisitzenden rechtzeitig bekannt gegeben werden.
- (5) Betreuende der Masterarbeit geben das Thema der Masterarbeit nach Genehmigung durch den Prüfungsausschuss aus. Zu Betreuenden können nur prüfungsberechtigte Personen bestellt werden.
- (6) Die Studierenden können für die Masterarbeit die Betreuende oder den Betreuenden vorschlagen. Dieser Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch.
- (7) Prüfende und Beisitzende unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch das vorsitzende Mitglied oder durch die Stellvertretung zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 5 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

- (1) Eine Zulassung zur Einschreibung in Masterstudiengänge setzt einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss und der Nachweis über die in den Fachprüfungsordnungen definierten besonderen Zulassungsvoraussetzungen voraus. In begründeten Ausnahmefällen kann entsprechend § 19 Abs. 2 Satz 2 HochSchG eine Zulassung zum Masterstudium erfolgen, bevor die Abschlussprüfungen eines Bachelorstudienganges beendet sind, wenn die Aussicht besteht, den Abschluss innerhalb eines Semesters nach der Einschreibung in den Masterstudiengang zu erwerben. Dies ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Der Umfang der noch nicht erbrachten Leistungen im Bachelorstudiengang darf bis zu 25 ECTS-Punkte betragen, soweit die Fachprüfungsordnung nichts anderes regelt. Die Einschreibung erlischt, wenn die Zugangsvoraussetzungen nicht bis zum Ende des ersten Semesters nachgewiesen werden.
- (2) In den Fachprüfungsordnungen ist zu definieren, wie viele ECTS-Punkte bei Studienbeginn mindestens nachzuweisen sind und ab welcher ECTS-Punktzahl eine Zulassung unter der Auflage, zusätzliche ECTS-Punkte nachzuweisen, möglich ist. Sie können beispielsweise durch die Anerkennung von zusätzlichen Bachelor-Modulen, durch Auslandsstudien, durch einschlägige Berufserfahrung nach dem Bachelor-Abschluss erfüllt werden. Der Prüfungsausschuss teilt dem zugelassenen Studierenden die Auflagen vor Beginn des Master-Studiums schriftlich mit. Die Auflagen können vor oder während des Studiums der Master-Module erfüllt werden. Spätestens zur Anmeldung der Masterarbeit müssen alle Auflagen erfüllt sein.
- (3) Zu Prüfungen kann nur zugelassen werden, wer an der Hochschule Kaiserslautern in dem Studiengang eingeschrieben ist, zu dem die Prüfung gehört. Abweichend davon kann die jeweilige Fachprüfungsordnung auch die Zulassung von Studierenden anderer Studiengänge der Hochschule Kaiserslautern erlauben.
- (4) Für die Zulassung zu einer Prüfung können bei Vorliegen besonderer Gründe aufgrund fachspezifischer Erfordernisse Vorleistungen verlangt werden. Diese regelt die jeweils gültige Fachprüfungsordnung.
- (5) Für die Teilnahme an Prüfungen ist eine schriftliche, fristgerechte und verbindliche Anmeldung im Prüfungsamt erforderlich (Ausschlussfrist). Die Anmeldefristen werden den Studierenden jeweils bis zum Beginn der Veranstaltungen des jeweiligen Semesters, spätestens jedoch vier Wochen vor Ablauf des Anmeldezeitraums, bekannt gegeben. Die Termine der Prüfungen werden spätestens zwei Wochen nach Vorlesungsbeginn bekannt gegeben.

(6) Der Rücktritt von einer Prüfung kann ohne Angabe von Gründen bis zu einer Woche vor dem Prüfungstermin oder der Themenausgabe beziehungsweise dem Projektbeginn erfolgen. Abweichend von den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches tritt nicht der nächste Werktag an die Stelle eines Sonntags, gesetzlichen Feiertags oder einen Sonnabend (§ 31 Abs. 3 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz). In der Fachprüfungsordnung kann die Frist für den Rücktritt von einer Prüfung bis zum Beginn des Prüfungstermins oder der Themenausgabe beziehungsweise dem Projektbeginn verkürzt werden.

(7) Die Meldungen der Studierenden nach Abs. 5 und 6 können auch über das Internet (Webseiten des Prüfungsamtes) erfolgen, wenn das Prüfungsamt diese Möglichkeit zur Verfügung stellt. Bei schriftlichen Meldungen ist das Eingangsdatum maßgebend.

(8) Im Zweifel entscheidet der Prüfungsausschuss über die Zulassung zu Prüfungen.

§ 6 Arten und Formen der Prüfungen, Modulprüfung, Fristen

(1) Prüfungen sind Prüfungs- und Studienleistungen. Die Noten von Studienleistungen gehen nicht in die Gesamtnote gemäß § 19 Abs. 1 ein. Prüfungen können aus mehreren, voneinander abgrenzbaren Teilen (Teilleistungen) bestehen oder nach unterschiedlichen, fachlichen Kategorien bewertet werden (Teilbewertungen).

(2) Prüfungen sind Modulen zugeordnet. Die Modulprüfung umfasst alle Prüfungen eines Moduls. In der Regel besteht die Modulprüfung aus einer Prüfung, die sich auf die Stoffgebiete aller Lehrveranstaltungen des Moduls erstreckt. Die Modulprüfung gilt als bestanden, wenn alle zu diesem Modul gehörenden Prüfungen bestanden wurden. In diesem Fall werden die dem Modul zugeordneten Leistungspunkte (ECTS) angerechnet.

(3) Formen von Prüfungsleistungen sind

1. mündliche Prüfungen gem. § 7,
2. schriftliche Prüfungen gem. § 8,
3. Projektarbeiten gem. § 9,
4. die Masterarbeit gem. § 10,
5. das Kolloquium gem. § 11.

Die Fachprüfungsordnungen können zusätzliche, kompetenzorientierte Formen von Prüfungsleistungen regeln, wie zum Beispiel Lernportfolio, Lerntagebuch, Planspiel.

(4) Die Form der jeweils zu erbringenden Prüfungsleistung wird in der jeweils gültigen Fachprüfungsordnung festgelegt oder im Falle einer fehlenden oder nicht abschließenden Regelung in der Fachprüfungsprüfungsordnung spätestens bis zum Beginn der Veranstaltung bekannt gegeben.

(5) Die Studienleistungen werden in den jeweils gültigen Fachprüfungsordnungen definiert. Die Form der jeweils zu erbringenden Studienleistung wird durch den jeweiligen Lehrenden spätestens bis zum Beginn der Veranstaltung bekannt gegeben.

(6) Machen Studierende glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Behinderung nicht in der Lage sind, Prüfungen ganz oder teilweise in der festgelegten Frist oder der vorgesehenen Form abzulegen, hat der Prüfungsausschuss zu gestatten, die Prüfung innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungen in anderer Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen Attests verlangt werden.

(7) Bei Prüfungen von Studierenden mit Behinderungen sind deren Belange zur Wahrung ihrer Chancengleichheit zu berücksichtigen.

(8) Hängt die Einhaltung einer für die Meldung oder Ablegung einer Prüfung oder ihrer Wiederholung vorgeschriebenen Frist von Studienzeiten ab, werden Verlängerungen und Unterbrechungen nicht berücksichtigt, soweit sie

6. durch die Mitwirkung in gesetzlich oder satzungsmäßig vorgesehenen Gremien einer Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studierendenwerks,
7. durch Krankheit, eine Behinderung oder andere von den Studierenden nicht zu vertretende Gründe, oder
8. durch Schwangerschaft, oder Erziehung eines Kindes,
9. durch die Betreuung einer oder eines pflegebedürftigen Angehörigen,
10. durch betriebliche Belange im Rahmen eines berufsbegleitenden, berufsintegrierenden oder dualen Studiums

bedingt waren; im Falle der Nummer 3 ist mindestens die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der Elternzeit nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz zu ermöglichen. Unberücksichtigt bleibt ferner ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium bis zu zwei Semestern; dies gilt nicht für Auslandsstudienzeiten, die nach der jeweils gültigen Fachprüfungsordnung abzuleisten sind.

(9) Die Prüfungen können auch vor Ablauf der festgesetzten Fristen abgelegt werden, sofern die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(10) Die Fachprüfungsordnungen können vorsehen, dass eine Prüfung als erstmals nicht bestanden gilt, wenn die Meldefrist um mindestens zwei Semester versäumt wird.

(11) Die Fachprüfungsordnungen können Wahlpflichtmodule vorsehen, die von den Studierenden aus dem beschriebenen Angebot ausgewählt werden müssen. Ein Wahlpflichtmodul wird, soweit nichts anderes in der Fachprüfungsordnung geregelt ist, spätestens durch die Anmeldung zu einer Prüfung, die diesem Modul zugeordnet ist, belegt. Die zugeordneten Prüfungen sind entsprechend der Regelungen dieser Ordnung zu bestehen. Die Fachprüfungsordnungen können regeln, dass und unter Beachtung welcher Bedingungen ein Wahlpflichtmodul gewechselt werden darf, soweit die Prüfungen in diesem Modul noch nicht endgültig nicht bestanden wurden. Der Wechsel ist dem Prüfungsamt schriftlich anzuzeigen und muss spätestens vor der letzten Wiederholungsmöglichkeit innerhalb der Frist zum Rücktritt von einer Prüfung ohne triftigen Grund gem. § 5 Abs. 4 erfolgen. Zur Berechnung der Gesamtnote werden die Modulnoten der Wahlpflichtmodule nach Wahl der Studierenden berücksichtigt. Sofern eine Belegung von Wahlpflichtmodulen über den erforderlichen Umfang hinausgehend möglich ist, wird der überschüssige Anteil bei der Gesamtnotenberechnung nicht berücksichtigt.

§ 7 Mündliche Prüfungen

(1) In mündlichen Prüfungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. Durch mündliche Prüfungen soll ferner festgestellt werden, ob die Studierenden über ein breites Grundlagenwissen verfügen.

(2) Mündliche Prüfungen werden von mehreren Prüfenden oder von einer bzw. einem Prüfenden in Gegenwart einer oder eines Beisitzenden gemäß §4 (4) abgenommen. Mündliche Prüfungen sind Einzelprüfungen oder Gruppenprüfungen. An Gruppenprüfungen dürfen nicht mehr als fünf Studierende teilnehmen.

(3) Mündliche Prüfungen dauern in der Regel 20 Minuten je Studierender bzw. Studierendem, mindestens jedoch 15 Minuten.

(4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Im Falle des Absatzes 2 Satz 1, 2. Halbsatz hören die Prüfenden vor der Festsetzung der Note gem. § 12 Abs. 1 die Beisitzende oder den Beisitzenden.

(5) Die Anfertigung des Protokolls nur in elektronischer Form ist ausgeschlossen. Das Ergebnis ist den Studierenden im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

(6) Studierende, die sich zu einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, sofern die zu Prüfenden nicht widersprechen.

(7) Auf Antrag von Studierenden kann die zentrale Gleichstellungsbeauftragte oder die Gleichstellungsbeauftragte des Fachbereichs bei mündlichen Prüfungen teilnehmen.

§ 8 Schriftliche Prüfungen

(1) Schriftliche Prüfungen sind Klausuren oder Hausarbeiten. Dadurch sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit Probleme erkennen und mit fachspezifischen Methoden Lösungen entwickeln können.

(2) Klausuren sollen mindestens 60 Minuten bei Prüfungen, denen höchstens 3 ECTS-Punkte für Vorlesungen zugeordnet sind, mindestens 90 Minuten in allen anderen Fällen und höchstens 180 Minuten dauern. In besonders begründeten Fällen kann die Fachprüfungsordnung für einzelne Prüfungen abweichende Regelungen treffen. Die Bearbeitungszeit für die einzelnen schriftlichen Prüfungsleistungen legt der Prüfungsausschuss auf Vorschlag des oder der jeweils Prüfenden fest.

(3) Hausarbeiten sind Einzelarbeiten oder Gruppenarbeiten. Bei Gruppenarbeiten muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein. Die Ausgestaltung und Bearbeitungszeit regelt die jeweils gültige Fachprüfungsordnung.

(4) Schriftliche Prüfungen sind in der Regel innerhalb von vier Wochen zu bewerten. In begründeten Fällen kann der Prüfungsausschuss einen längeren Bewertungszeitraum beschließen.

(5) Schriftliche Prüfungen finden studienbegleitend statt.

(6) Schriftliche Prüfungen nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind ausgeschlossen.

(7) Multimedial gestützte Prüfungsleistungen („e-Klausuren“) sind zulässig, sofern sie dazu geeignet sind, den Nachweis gemäß Abs. 1 zu erbringen oder hierzu beizutragen; erforderlichenfalls können sie durch andere Prüfungsformen ergänzt werden. Multimedial gestützte Prüfungsaufgaben werden in der Regel von zwei Prüfenden erarbeitet. Vor der Durchführung multimedial gestützter Prüfungsleistungen ist sicherzustellen, dass die elektronischen Daten eindeutig identifiziert sowie unverwechselbar und dauerhaft den Kandidatinnen und Kandidaten zugeordnet werden können. Die Prüfung ist in Anwesenheit einer fachkundigen Person durchzuführen. Den Kandidatinnen und Kandidaten ist gemäß den Bestimmungen des § 14 Abs. 2 Möglichkeit der Einsichtnahme in die multimedial gestützte Prüfung sowie das von ihnen erzielte Ergebnis zu gewähren.

(8) Über den Prüfungsverlauf von Klausuren und multimedial gestützten Prüfungsleistungen ist eine Niederschrift anzufertigen, in die mindestens die Namen der Protokollführerin oder des Protokollführers sowie der Prüfungskandidatinnen und -kandidaten, Beginn und Ende der Prüfung sowie eventuelle besondere Vorkommnisse aufzunehmen sind.

§ 9 Projektarbeiten

(1) Durch Projektarbeiten wird in der Regel die Fähigkeit zur Teamarbeit und insbesondere zur Entwicklung, Durchsetzung und Präsentation von Konzepten nachgewiesen. Hierbei sollen die Studierenden nachweisen, dass sie an einer größeren Aufgabe Ziele definieren sowie interdisziplinäre Lösungsansätze und Konzepte erarbeiten können. Bei Gruppenarbeiten muss der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar sein.

(2) Die Ausgestaltung und Bearbeitungszeit regelt die entsprechende Fachprüfungsordnung.

(3) Abgabezeitpunkt und Abgabezeitpunkt sind aktenkundig zu machen. Ist die Projektarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt sie als nicht bestanden.

§ 10 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsleistung. Sie soll zeigen, dass die Studierenden in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Fachproblem selbständig mit wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Das Thema der Masterarbeit kann von jedem der nach § 4 Abs. 2 Prüfungsberechtigten (Betreuende der Masterarbeit) nach Genehmigung durch den Prüfungsausschuss ausgegeben werden. Die Studierenden haben dafür Sorge zu tragen, dass sie spätestens zu Beginn des Semesters, nach dem alle Prüfungen gemäß der jeweils gültigen Fachprüfungsordnung erbracht wurden, das Thema der Masterarbeit erhalten. Wird diese Frist um zwei Semester versäumt, gilt die Masterarbeit als erstmals nicht bestanden. Auf Antrag der Studierenden sorgt der Prüfungsausschuss dafür, dass sie rechtzeitig ein Thema für eine Masterarbeit erhalten. Der Zeitpunkt der Ausgabe, der Betreuende und das Thema sind beim Prüfungsamt aktenkundig zu machen.

(3) Die Bearbeitungszeit beträgt höchstens sechs Monate und wird in der jeweiligen Fachprüfungsordnung festgelegt. Sie beginnt mit der Ausgabe. Bei Vorliegen besonderer Gründe kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit auf begründeten Antrag ausnahmsweise um bis zu sechs Wochen verlängern.

(4) Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Masterarbeit müssen so gestellt sein, dass die Bearbeitungszeit eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Den Studierenden ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Masterarbeit Vorschläge zu machen.

(5) Die Masterarbeit kann in deutscher oder mit Zustimmung der Betreuerin oder des Betreuers in englischer Sprache angefertigt werden. Die Fachprüfungsordnungen können vorsehen, dass die Masterarbeit auch in einer anderen Sprache angefertigt werden kann. Die Sprachwahl ist bei der Anmeldung zur Masterarbeit anzugeben.

(6) Sofern in der jeweiligen Fachprüfungsordnung vorgesehen, können Masterarbeiten auch als Gruppenarbeiten zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Studierenden deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

(7) Die Masterarbeit ist fristgemäß abzugeben. Bei der Abgabe haben die Studierenden schriftlich zu versichern, dass sie ihre Arbeit - bei einer Gruppenarbeit ihren entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt haben. Der Abgabezeitpunkt ist beim Prüfungsamt aktenkundig zu machen. Ist die Masterarbeit nicht fristgerecht abgeliefert, gilt sie als nicht bestanden.

(8) Die Masterarbeit ist von zwei Personen, die als Prüfende nach § 4 zugelassen sind, zu bewerten. Eine der beiden Personen soll die Arbeit betreut haben. Eine Prüfende oder ein Prüfender muss Professorin oder Professor sein. Die Masterarbeit ist in der Regel innerhalb von sechs Wochen zu bewerten und die Bewertung dabei zu begründen. Die Begründung ist schriftlich zu verfassen.

§ 11 Kolloquium über die Masterarbeit

Die Studierenden präsentieren ihre Masterarbeit in einem Kolloquium (mündliche Prüfung). Das Kolloquium kann frühestens durchgeführt werden, wenn zwei Drittel der Bearbeitungszeit der Masterarbeit abgelaufen sind. Die Prüfungsdauer regelt die jeweilige Fachprüfungsordnung. Das Kolloquium findet vor einer Prüfungskommission statt, der mindestens die oder der Betreuende der Masterarbeit und ein weiterer Prüfender gem. § 4 Abs. 2 angehören. § 7 Abs. 4 bis 7 gelten entsprechend.

§ 12 Bewertung der Prüfungen und Modulprüfungen

(1) Prüfungen werden von den jeweiligen Prüfenden bewertet. Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1,0; 1,3	=	sehr gut	=	eine hervorragende Leistung
1,7; 2,0; 2,3	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
2,7; 3,0; 3,3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
3,7; 4,0	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5,0	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Studienleistungen können auch mit „bestanden“ bzw. „nicht bestanden“ bewertet werden. Eine Prüfung ist bestanden, wenn sie bzw. ihre Teilleistungen oder Teilbewertungen mit mindestens „ausreichend“ oder „bestanden“ bewertet wurde.

(2) Bei der Bewertung durch mehrere Prüfende und nicht übereinstimmender Bewertung der Prüfungsleistungen errechnet sich die Note aus dem arithmetischen Mittel durch Rundung zur nächstzulässigen Note gemäß Abs. 1. Befindet sich das arithmetische Mittel genau in der Mitte zwischen zwei zulässigen Noten wird zum nächstniedrigeren Notenwert gerundet. Laufen ebenso viele Bewertungen „nicht ausreichend“ wie „ausreichend“ und besser, wird eine weitere prüfende Person gem. § 4 bestellt. Bei überwiegenden Bewertungen mit „ausreichend“ und besser ergibt sich die Note aus diesen Bewertungen entsprechend Satz 1 und 2. Bei überwiegenden Bewertungen mit „nicht ausreichend“ gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(3) Besteht eine Prüfung aus Teilleistungen oder erhält Teilbewertungen, errechnet sich die Note aus dem gewichteten Durchschnitt der Bewertungen, wenn Leistungspunkte (ECTS) den Teilleistungen oder Teilbewertungen zugeordnet sind oder eine andere Gewichtung in der Fachprüfungsordnung definiert ist, ansonsten aus dem arithmetischen Mittel der Bewertungen, durch Rundung zur nächstzulässigen Note gemäß Abs. 1. Befindet sich der gewichtete Durchschnitt oder das arithmetische Mittel genau in der Mitte zwischen zwei zulässigen Noten wird zum nächstniedrigeren Notenwert gerundet. Ist eine Teilleistung oder Teilbewertung mit „nicht ausreichend“ bewertet, ist die Note der Prüfung „nicht ausreichend“.

(4) Die Bewertung der bestandenen Modulprüfung (Modulnote) bildet sich aus den entsprechend der Fachprüfungsordnung gewichteten Noten aller Prüfungsleistungen des Moduls. Beim Ergebnis dieser Bewertung wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 13 Versäumnis, Rücktritt, Unterbrechung, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfung gilt als mit "nicht ausreichend" bewertet, wenn Studierende, die für einen Prüfungstermin angemeldet sind, den Prüfungstermin ohne triftige Gründe versäumen oder wenn sie nach Ablauf der Rücktrittsfrist ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktreten oder wenn sie ohne triftige Gründe die Masterarbeit unterbrechen. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für das Versäumnis eines Prüfungstermins oder für den Rücktritt nach Ablauf der Rücktrittsfrist oder für die Unterbrechung der Masterarbeit geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsamt unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit ist ein Attest vorzulegen, das die Prüfungsunfähigkeit für den Prüfungszeitraum bescheinigt. Das Attest muss spätestens bis zum Ende des dritten Werktags nach dem Prüfungstermin bzw. nach dem Beginn der Unterbrechung beim Prüfungsamt vorliegen. Dabei zählt der Samstag nicht als Werktag. Beim zweiten Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen in demselben Lehrgebiet ist die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes erforderlich. Der Krankheit von Studierenden steht die Krankheit eines von ihnen allein zu versorgenden Kindes gleich. Werden die Gründe vom Prüfungsausschuss anerkannt, so wird ein neuer Termin unter Berücksichtigung von §15 Abs. 3 anberaumt. Werden die Gründe nicht anerkannt, gilt diese Prüfung mit „nicht ausreichend“ bewertet.

(3) Versuchen Studierende das Ergebnis der Prüfung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird ihre Prüfung mit "nicht ausreichend" bewertet. Die Entscheidung über das Vorliegen einer Beeinflussung des Prüfungsergebnisses nach Satz 1 trifft der Prüfungsausschuss. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss Studierende von der Erbringung weiterer Prüfungen ausschließen. Gegenstände in Bezug auf welche der Verdacht besteht, dass sie unzulässige Hilfsmittel darstellen, sind auf deren Verlangen den Aufsichtspersonen auszuhändigen. Studierende, die diesem Verlangen nicht nachkommen, können von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. Die Rückgabe derartiger Gegenstände erfolgt durch das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses, spätestens nachdem die Entscheidung über das Vorliegen einer Beeinflussung des Prüfungsergebnisses unanfechtbar geworden ist.

- (4) Die Masterarbeit ist zur Auffindung möglicher Täuschungsversuche durch eine computerunterstützte Plagiats-Prüfung zusätzlich als kopierbare, textbasierte PDF-Datei abzuliefern. Dies gilt entsprechend für sonstige geeignete Studien- und Prüfungsleistungen, sofern dies durch die prüfende Person bei der Ausgabe der Aufgabenstellung angekündigt wurde. Bei der Abgabe haben die Studierenden zu versichern, dass sie ihre Arbeit – bzw. bei Gruppenarbeiten ihren gekennzeichneten Anteil an der Arbeit – selbständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und Kenntnis von der Möglichkeit der automatisierten Plagiat-Prüfung ihrer Arbeit erhalten haben. Zur Berücksichtigung des Datenschutzes werden die Arbeiten ohne Angaben personenbezogener Daten in die entsprechende Datenbank eingegeben und überprüft. Bei Verdacht auf Täuschung bei Praxissemester- und Masterarbeiten ist eine schriftliche Stellungnahme der betreuenden Person erforderlich.
- (5) Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von den jeweils Prüfenden oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall entscheidet der Prüfungsausschuss über die Bewertung der betreffenden Prüfung.
- (6) Entscheidungen nach Abs. 2 bis 5 sind den Studierenden vom Prüfungsamt unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 14 Bestehen, Nichtbestehen und Bescheinigung von Prüfungsleistungen

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungen sowie die sonstigen Nachweise gemäß der jeweils gültigen Fachprüfungsordnung mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden. Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die Wiederholungsmöglichkeiten der Prüfungen (§ 15 Abs. 1) erfolglos ausgeschöpft wurden.
- (2) Die Ergebnisse der schriftlichen Prüfungen werden veröffentlicht. Innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Bekanntgabe der Ergebnisse bzw. nach Beginn der Vorlesungen, falls die Bekanntgabe der Ergebnisse in die vorlesungsfreie Zeit fällt, ist den Studierenden unter Aufsicht Einsicht in ihre eigenen Klausuren zu gewähren. Einwände gegen die Bewertung sind spätestens vier Wochen nach der Einsicht schriftlich dem Prüfungsausschuss vorzubringen. Bei Nichtbestehen einer Wiederholungsprüfung oder bei Nichtbestehen der Masterarbeit erhalten die Studierenden eine schriftliche Information, die gleichzeitig darüber Auskunft gibt, ob und ggf. innerhalb welcher Frist eine weitere Wiederholung der Prüfung möglich ist.
- (3) Haben Studierende die Masterprüfung nicht bestanden, wird ihnen auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise eine zusammenfassende Bescheinigung über die erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen ausgestellt. Eine Bescheinigung in ausschließlich elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 15 Wiederholung von Prüfungen

- (1) Prüfungen außer der Masterarbeit, dem Kolloquium und im Falle einer Regelung gemäß Abs. 3 auch außer der Projektarbeit, die nicht mindestens mit "ausreichend" oder „bestanden“ bewertet worden sind, können zweimal wiederholt werden. In der Fachprüfungsordnung kann geregelt werden, dass Studienleistungen häufiger wiederholt werden können. Sind Teilleistungen einer Prüfung nicht bestanden, so müssen nur diese wiederholt werden. Bestehen Prüfungen aus Teilleistungen, die inhaltlich verknüpft oder aufeinander aufbauen, müssen im Falle des Nichtbestehens von wenigstens einer Teilleistung alle Teilleistungen wiederholt werden. Dies ist in der Fachprüfungsordnung zu kennzeichnen. Die Wiederholung einer bestandenen Prüfung ist nicht zulässig, mit Ausnahme des Kolloquiums, das wiederholt werden muss, wenn die Masterarbeit nicht bestanden wurde.
- (2) Die Masterarbeit und das Kolloquium können nur je einmal wiederholt werden. Eine nicht bestandene Masterarbeit muss innerhalb von drei Monaten nach der Bekanntgabe des Bescheids über das Nichtbestehen neu angemeldet werden. Lautet die Bewertung des Kolloquiums „nicht ausreichend“ ist das Kolloquium entsprechend innerhalb von drei Monaten zu wiederholen.
- (3) Die Anzahl möglicher Wiederholungen von Projektarbeiten kann bei Vorliegen fachspezifischer Gründe durch die jeweils gültige Fachprüfungsordnung auf eine Wiederholung beschränkt werden.
- (4) Die Wiederholungsprüfungen sind im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abzulegen. Die Studierenden werden zu den Wiederholungsprüfungen, bei denen die fehlende Anmeldung bereits zum Nichtbestehen der Prüfung führt, vom Prüfungsamt angemeldet.
- (5) Wiederholungsprüfungen müssen im Falle der letztmöglichen Wiederholung im Falle des Nichtbestehens von zwei Prüfern bewertet werden.

§ 16 Anrechnung von Studienzeiten, Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen

- (1) Prüfungs- und Studienleistungen, die in Studiengängen an der Hochschule Kaiserslautern oder an anderen in- oder ausländischen, staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht wurden, werden anerkannt, sofern sich die dabei erlangten Kompetenzen und Lernergebnisse in Inhalt, Qualifikationsniveau und Profil von denjenigen eines Studienganges, für den Anrechnung vorgenommen werden soll, nicht wesentlich unterscheiden. Dabei ist eine Gesamtbetrachtung im Hinblick auf die Bedeutung der Leistungen für die Erreichung der Ziele des Studiums und den Zweck der Prüfungen vorzunehmen. In diesem Sinne liegt ein wesentlicher Unterschied vor, wenn die Antrag-

stellenden voraussichtlich beeinträchtigt werden, das Studium erfolgreich zu absolvieren. Die Beweislast für die Geltendmachung wesentlicher Unterschiede liegt bei der Hochschule. Bei der Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen, die außerhalb Deutschlands erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz (KMK) und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten.

(2) Für Prüfungs- und Studienleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien, für multimedial gestützte Prüfungs- und Studienleistungen sowie für Prüfungs- und Studienleistungen von Frühstudierenden und für Prüfungs- und Studienleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien sowie an Fach- und Ingenieurschulen und Offiziershochschulen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, gilt Abs. 1 entsprechend.

(3) Außerhalb des Hochschulbereichs erworbene gleichwertige Kenntnisse und Qualifikationen werden höchstens bis zur Hälfte der für den Masterstudiengang zu vergebenden ECTS-Punkte anerkannt.

(4) Werden Prüfungs- und Studienleistungen anerkannt, werden Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – übernommen und in die Berechnung der Gesamtnote einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Im Zeugnis wird eine Kennzeichnung der Anerkennung vorgenommen. Den anerkannten Prüfungs- und Studienleistungen werden die Leistungspunkte (ECTS) zugerechnet, die in der betreffenden Fachprüfungsordnung dafür vorgesehen sind.

(5) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1-2 besteht ein Rechtsanspruch auf Anerkennung. Die Anerkennung von Prüfungs- und Studienleistungen, die in einem gleichen oder fachlich verwandten Studiengängen erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Die Studierenden haben die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen rechtzeitig vorzulegen, so dass das Anerkennungsverfahren vor dem Anmeldeschluss zum nächsten Prüfungstermin abgeschlossen ist. Anerkennungen werden in der Regel innerhalb von maximal vier Monaten bearbeitet. Ein Antrag auf Anerkennung von Leistungen ist im Falle der Einschreibung oder des Wechsels eines Studienganges innerhalb eines Semesters nach Einschreibung bzw. Wechsel zu stellen. Im Falle eines Auslandsaufenthalts ist der Antrag auf Anerkennung von Leistungen innerhalb eines Semesters nach Rückkehr von dem Auslandsaufenthalt zu stellen. Danach ist eine Antragstellung ausgeschlossen.

(6) Über die Anerkennung entscheidet der Prüfungsausschuss.

§ 17 Umfang der Masterprüfung

(1) Die Masterprüfung besteht aus

1. der Masterarbeit,
2. dem Kolloquium über die Masterarbeit,
3. den weiteren, in der Fachprüfungsordnung aufgeführten Modulprüfungen.

(2) Aus der Fachprüfungsordnung gehen die Module und die ihnen zugeordneten Prüfungen hervor, aus denen die Modulprüfungen des Absatzes 1 Nr. 3 bestehen. Den Modulen sind Leistungspunkte (ECTS) zugeordnet, die den Studienaufwand bewerten. Berechnungsgrundlage für einen Leistungspunkt sind dreißig Arbeitsstunden bei Präsenzstudiengängen, mit Ausnahme der berufsbegleitenden Studiengänge.

§ 18 Bildung der Gesamtnote, Zeugnis

(1) Die Gesamtnote wird aus dem gewichteten Durchschnitt der Noten der Modulprüfungen, sofern diese wenigstens eine Prüfungsleistung umfassen, gebildet. Die Gewichtung ergibt sich aus der jeweils gültigen Fachprüfungsordnung. Bei der Bildung der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Fachprüfungsordnung regelt, ob das Gesamturteil „Mit Auszeichnung bestanden“ vergeben wird und ab welchem Notenwert dieses Gesamturteil erteilt wird. Die Noten lauten:

bei einem Durchschnitt	bis 1,5	= sehr gut
bei einem Durchschnitt	über 1,5 bis 2,5	= gut
bei einem Durchschnitt	über 2,5 bis 3,5	= befriedigend
bei einem Durchschnitt	über 3,5 bis 4,0	= ausreichend
bei einem Durchschnitt	über 4,0	= nicht ausreichend.

(2) Über die bestandene Masterprüfung wird ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält:

1. Studiengang einschließlich eines gegebenenfalls bestehenden Zusatzes (z. B. Studienschwerpunkt, Studienrichtung)
2. Thema der Masterarbeit
3. Bezeichnungen der zum Bestehen der Masterprüfung absolvierten Module einschließlich der bestehenden Modulnoten und der zugeordneten ECTS-Leistungspunkte
4. Gesamtnote und Gesamtumfang des Studienganges in ECTS-Punkten.

5. Auf Antrag der Studierenden: Fachstudiendauer bis zum erfolgreichen Abschluss der Masterprüfung
- (3) Auf Antrag der Studierenden werden die Bewertungen zusätzlich abgelegter Prüfungen in einem Anhang zum Zeugnis aufgenommen.
- (4) Die Studierenden erhalten eine Einstufung der Gesamtnote mittels einer Einstufungstabelle entsprechend dem aktuellen ECTS-Users-Guide. Bei der Einstufung werden alle Abschlüsse der vier dem Abschluss vorhergehenden Semester des betreffenden Studienganges berücksichtigt. Durch die Fachprüfungsordnung können weitere, diesem Bezugszeitraum vorhergehende Semester oder weitere fachlich verwandte Studiengänge in die Berechnung einbezogen werden. Die Einstufung ist durchzuführen, sofern die Bezugsgruppe mindestens 30 Abschlüsse umfasst. Die Einstufung erfolgt im Anhang zum Zeugnis.
- (5) Die Hochschule stellt ein Diploma-Supplement (DS) entsprechend des „Diploma-Supplement-Modells“ von Europäischer Union/Europarat/UNESCO in deutscher und englischer Sprache aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) ist der zwischen Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils gültigen Fassung zu verwenden. Es enthält insbesondere Angaben über die Hochschule, die Art des Abschlusses, das Studienprogramm, die Zugangsvoraussetzungen, die Studienanforderungen und den Studienverlauf sowie über das deutsche Studiensystem. Den Studierenden wird zusätzlich zur Ausstellung des Diploma-Supplements eine Übersetzung des Zeugnisses in englischer Sprache ausgehändigt.
- (6) Das Zeugnis ist von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der Hochschule und dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem der Studierende die letzte Leistung erbracht hat.
- (7) Die Ausstellung des Zeugnisses und des Diploma-Supplements in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 19 Master-Urkunde

- (1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet.
- (2) Die Master-Urkunde wird von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der Hochschule unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen.
- (3) Die Ausstellung der Master-Urkunde in elektronischer Form ist ausgeschlossen.

§ 20 Ungültigkeit der Masterprüfung

- (1) Haben Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht wurde, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise als nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Studierenden hierüber täuschen wollten, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Haben Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (3) Den Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung als "nicht bestanden" erklärt wurde.

§ 21 Einsicht in die Prüfungsakten und Aufbewahrungsfristen

- (1) Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird den Studierenden auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in ihre schriftlichen Prüfungsarbeiten, einschließlich der Bewertungen und der Prüfungsprotokolle gewährt. § 14 Abs. 2 bleibt davon unberührt.
- (2) Unterlagen über Studien- und Prüfungsleistungen (Klausuren, Seminar- und Hausarbeiten, Abschlussarbeiten sowie diesbezügliche Gutachten und Protokolle über mündliche Prüfungen) werden unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften des Datenschutzes zwei Jahre nach Abschluss der letzten Prüfungsleistungen (Datum des Zeugnisses) aufbewahrt und können nach dieser Frist den Studierenden bzw. Absolventen ausgehändigt werden.
- (3) Soweit Rechtsverfahren anhängig sind, werden die Prüfungsunterlagen so lange aufbewahrt, bis das Rechtsverfahren endgültig abgeschlossen ist.
- (4) Die Absolventinnen und Absolventen werden mit Ausgabe des Zeugnisses auf die Aufbewahrungsfrist und die Möglichkeit hingewiesen, während eines Zeitraums von drei Monaten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist ihre Arbeiten abzuholen. Sollte diese Abholfrist ungenutzt verstreichen, können die in Abs. 2 genannten Unterlagen vernichtet werden.

(§ 22 Inkrafttreten)

**Wahlordnung der Studierendenschaft
der Hochschule Kaiserslautern am Standort Zweibrücken
in der Fassung vom 28.10.2014**

Präambel

Auf Grund des § 108 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 sowie Satz 2 des Hochschulgesetzes (HochSchG) in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S.463), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2011 (GVBl. S. 455), hat das Studierendenparlament der Hochschule Kaiserslautern, Standort Zweibrücken, am 18.02.2012 die folgende Wahlordnung beschlossen.

Diese Wahlordnung hat der Präsident gemäß § 111 Abs. 2 HochSchG am 29. Oktober 2014 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Inhalt

I Wahlgrundsätze	
§1 Allgemeine Wahlgrundsätze	
§2 Wahlberechtigung.....	
§3 Briefwahl.....	
§4 Anzahl der Parlamentsmitglieder.....	
§5 Zusammensetzung des Parlaments	
II Wahlverzeichnis.....	
§6 Inhalt.....	
§7 Auslegen und Überprüfung	
§8 Änderungen.....	
III Wahlausschuss, Wahlleitung und Wahlprüfungsausschuss	
§9 Arbeit des Wahlausschusses.....	
§10 Bestellung des Wahlausschusses	
§11 Bestellung des Wahlprüfungsausschuss	
§12 Funktionen im Wahlausschuss / Rücktrittsregelung.....	
§13 Aufgaben des Wahlausschusses	
§14 Beschlussfassung.....	
§ 15 Aufgaben des Wahlleiters oder der Wahlleiterin	
§16 Wahltermin.....	
§17 Bekanntmachung der Wahl	
IV. Wahlvorschläge.....	
§18 Einreichung und Änderung von Wahlvorschlägen	
§ 19 Anforderung an Wahlvorschläge.....	
§ 20 Rückzug und Änderung eingereicherter Listen	
§21 Endgültige Zulassung.....	

§22 Streichungen.....
§23 Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge
V. Wahlverfahren.....
§24 Ausweispflicht und Stimmabgabe.....
§25 Bestellung der Wahlbeisitzenden und deren Aufgaben
VI. Wahlsystem
§26 Gültigkeit der Stimmen
§27 Behandlung der Briefwahlzettel
§28 Verteilung der Sitze des Parlaments.....
VII. Feststellung des Wahlergebnisses.....
§29 Feststellung und Veröffentlichung.....
§30 Feststellungsbeschluß und Protokollierung.....
§31 Unterrichtung der gewählten Mitglieder.....
§32 Aufbewahrung des Wahlergebnisses.....
§33 Nachrücker und Nachrückerinnen ins Parlament und in den Fachschaftsräten.....
VIII. Wahlanfechtung.....
§34 Möglichkeit zur Wahlanfechtung.....
§35 Tätigkeit des Wahlprüfungsausschuss.....
§36 Annullierung der Wahl.....
IX. Schlußbestimmungen
§37 Kosten.....
§38 Inkrafttreten	

I Wahlgrundsätze

§1 Allgemeine Wahlgrundsätze

Die Studierendenschaft der Hochschule Kaiserslautern am Standort Zweibrücken wählt das Studierenden Parlament in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl.

§2 Wahlberechtigung

(1) Wahlberechtigt sind alle Studierenden, die an der Hochschule Kaiserslautern am Standort Zweibrücken als ordentliche Studierende eingeschrieben sind. Wählbar ist jede/r Studierende der Hochschule Kaiserslautern. Eine Mitgliedschaft in mehreren Studierendenparlamenten ist nicht zulässig.

§3 Briefwahl

(1) Falls eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter voraussichtlich am Wahltermin verhindert ist, ihre oder seine Stimme im Wahlraum abzugeben, kann sie oder er von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch machen.
(2) Der Antrag auf Briefwahl ist bis spätestens 21 Tage vor dem ersten Wahltag schriftlich an den Wahlleiter oder die Wahlleiterin zu richten. In diesem Fall sind der Antragstellerin oder dem Antragsteller sieben Tage vor dem ersten Wahltag ein Wahlschein, die erforderlichen Stimmzettel, ein Wahlumschlag, ein Wahlbriefumschlag und die vorbereitete Erklärung, dass der Wahlzettel persönlich ausgefüllt wurde, für die betreffende Wahl zu übersenden. Der Wahlschein muss den Namen, den Vornamen und die Anschrift laut Studenausweis und den Fachbereich der Wahlberechtigten oder des Wahlberechtigten enthalten. Eine Erläuterung über den Wahlvorgang ist den Unterlagen beizufügen.

(3) Die Aushändigung oder die Übersendung der Wahlbriefunterlagen ist im Wahlverzeichnis zu vermerken. Wer solche Unterlagen erhalten hat, kann seine Stimme unter Vorlage der gesamten Briefwahlunterlagen auch bei der Urnenwahl abgeben. Die Briefwahlunterlagen werden dann bis auf den Stimmzettel und den Wahlumschlag eingezogen, die Änderung wird im Wählerverzeichnis und im Wahlprotokoll vermerkt. Bei Verlust des Stimmzettels ist keine Urnenwahl möglich.

(4) Die Briefwahlunterlagen müssen bis spätestens am letzten Tag der Wahl bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eingegangen sein.

(5) Jede Wahlberechtigte oder jeder Wahlberechtigte darf den Stimmzettel nur persönlich ausfüllen; eine Vertretung ist unzulässig.

§4 Anzahl der Parlamentsmitglieder

Das Parlament der Studierenden der Hochschule Kaiserslautern am Standort Zweibrücken hat, vorbehaltlich der sich aus dieser Wahlordnung ergebenden Änderungen, 15 Mitglieder.

§5 Zusammensetzung des Parlaments

(1) Die Wahl erfolgt nach Listen im System der Verhältniswahl. Die Verteilung der Sitze im Studierenden Parlament auf die Listen soll dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen zur Anzahl der Gesamtstimmen entsprechen.

(2) Bei gleichen Zahlenbruchteilen werden Überhangmandate vergeben.

II Wahlverzeichnis

§6 Inhalt

Alle wahlberechtigten Studierenden sind in einem Wahlverzeichnis zu erfassen, das auf der Grundlage der Einschreibungsunterlagen der Hochschule von dem Wahlleiter oder der Wahlleiterin (Vgl. §§11 und 17) erstellt wird. Das Wahlverzeichnis muss die Matrikelnummer laut Studenausweis enthalten.

§7 Auslegen und Überprüfung

Das Wahlverzeichnis ist mindestens ab dem 22.Tag vor dem ersten Wahntag öffentlich bei der AStA auszulegen. Das Wahlverzeichnis wird am 12. Tag vor dem ersten Wahntag überprüft und abgeschlossen. Zum Abschluss Tag ist eine aktualisierte Ergänzung des Wahlverzeichnisses vom Studierendensekretariat anzufordern. Bis zum Abschluss des Wahlverzeichnisses können Wahlberechtigte auch von der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter gestrichen oder nachgetragen werden.

§8 Änderungen

(1) Jede oder jeder Hochschulangehörige, die oder der das Wahlverzeichnis für unrichtig hält, kann bei der Wahlleiterin oder dem Wahlleiter eine Änderung bis zum Abschluss des Wahlverzeichnisses beantragen. Nach Überprüfung des Sachverhaltes anhand der Einschreibungsunterlagen der Hochschulverwaltung entscheidet der Wahlausschuss über den Antrag.

(2) Für die Ausübung des Wahlrechts ist das festgestellte Wahlverzeichnis maßgebend.

III Wahlausschuss, Wahlleitung und Wahlprüfungsausschuss

§9 Arbeit des Wahlausschusses

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl einschließlich der Feststellung des Wahlergebnisses ist Aufgabe des Wahlausschusses und der Wahlleiterin oder des Wahlleiters. Über die Beschlüsse des Wahlausschusses, die Wahlhandlung und die Stimmauszählung ist Protokoll zu führen.

§10 Bestellung des Wahlausschusses

(1) Der Wahlausschuss besteht aus fünf Mitgliedern, die ihr Amt ehrenamtlich wahrnehmen. Der Wahlausschuss wird vom Studierenden Parlament für die jeweils bevorstehende Wahl gewählt.

Die Mitglieder können von verschiedenen studentischen Hochschulgruppen vorgeschlagen werden. Die Wahl der Mitglieder soll spätestens 60 Tage vor dem angestrebten Wahltermin erfolgt sein.

(2) Die Mitglieder des Wahlausschusses sind verpflichtet, ihre Ämter nach Maßgabe der Wahlordnung gewissenhaft, unparteiisch und neutral wahrzunehmen und sind an Aufträge und Weisungen Dritter nicht gebunden.

(3) Die Sitzungen des Wahlausschusses sind öffentlich.

§11 Bestellung des Wahlprüfungsausschuss

(1) Gleichzeitig mit dem Wahlausschuss wird vom Studierenden Parlament ein Wahlprüfungsausschuss gewählt, der aus fünf Mitgliedern besteht, die von verschiedenen studentischen Hochschulgruppen vorgeschlagen werden können. Ihm müssen mindestens zwei Mitglieder des amtierenden Studierenden Parlamentes angehören.

(2) Gleichzeitige Mitgliedschaft in Wahlausschuss und Wahlprüfungsausschuss ist ausgeschlossen.

§12 Funktionen im Wahlausschuss / Rücktrittsregelung

Das Parlament der Studierenden wählt in getrennten Wahlgängen aus den fünf Mitgliedern des Wahlausschusses den Wahlleiter oder die Wahlleiterin, seine oder ihre Stellvertretung und einen Schriftführer oder eine Schriftführerin. Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin führt im Wahlausschuss den Vorsitz.

§13 Aufgaben des Wahlausschusses

(1) Der Wahlausschuss hat insbesondere die Aufgabe,

1. den Termin der Wahl festzulegen;
2. das Wahlverzeichnis zu überprüfen und abzuschließen;
3. Termin für die Offenlegung des Wahlverzeichnis festzulegen;
4. Einsprüche gegen das Wahlverzeichnis zu entscheiden und ggf. Ergänzungen oder Streichungen vorzunehmen;
5. die Wahl anzukündigen und bekanntzugeben;
6. die Wahlvorschläge entgegenzunehmen, zu prüfen, über ihre Zulassung gemäß §§ 20-25 zu entscheiden;
7. Anzahl und Orte der Wahlurnen festzulegen;
8. die Stimmzettel, Urnen und sonstigen Wahlunterlagen vorzubereiten;
9. bei der Bestellung der Wahlbeisitzenden mitzuwirken;
10. den organisatorischen Ablauf der Wahlhandlung zu überprüfen, den ungestörten und korrekten Ablauf sicherzustellen und für ausreichende Möglichkeiten zur geheimen Stimmabgabe zu sorgen; insbesondere der sichere Verschluss der Wahlunterlagen ist sicherzustellen;
11. die Auszählung der Stimmen vorzunehmen;
12. das Wahlergebnis und die Verteilung der Sitze im Studierendenparlament festzustellen und öffentlich bekanntzugeben;
13. die neugewählten Mitglieder zur konstituierenden Sitzung einzuladen;
14. jedem neugewählten Mitglied auf der konstituierenden Sitzung je ein Exemplar der Satzung sowie der Geschäftsordnung der Verfassten Studierendenschaft der Hochschule Kaiserslautern am Standort Zweibrücken auszuhändigen.

(2) Zur Durchführung dieser Aufgaben stehen dem Wahlausschuss Räumlichkeiten und Arbeitsmittel des StuPa-Präsidiums zur Verfügung.

(3) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin informiert die Hochschulverwaltung über das Wahlergebnis.

(4) Der Wahlausschuss behandelt Beschwerden gegen den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl; über Wahlanfechtungen gibt er dem Wahlprüfungsausschuss des Parlaments eine verbindliche Stellungnahme ab.

§14 Beschlussfassung

Der Wahlausschuss beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des oder der Vorsitzenden. Der Wahlausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder, darunter der oder die Vorsitzende oder seine oder ihre Stellvertretung anwesend sind.

§ 15 Aufgaben des Wahlleiters oder der Wahlleiterin

(1) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin hat die Aufgabe

1. den Wahlausschuss als dessen Vorsitzender oder Vorsitzende einzuberufen und seine Sitzungen zu leiten, dabei muss zur konstituierenden Sitzung schriftlich eingeladen werden;
2. die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Wahl in Zusammenarbeit mit und nach Maßgabe der Beschlüsse des Wahlausschusses vorzunehmen;

3. die Einhaltung der Termine, die Korrektheit - insbesondere die Eindeutigkeit der Unterlagen und die einwandfreie Beschaffenheit der Urnen und Wahlkabinen, sowie der Briefwahlunterlagen zu überwachen;
4. die Arbeit der Wahlbeisitzer und Wahlbeisitzerinnen zu überprüfen;
5. alle Maßnahmen zum ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl zu treffen so lange der Wahlausschuss nicht einberufen ist.

(2) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin kann in Erfüllung seiner oder ihrer Aufgaben im Wahllokal alle Unterlagen prüfen, die Wahlbeisitzenden zur Einhaltung ihrer Pflichten veranlassen, Wahlbeisitzende notfalls austauschen und nach Maßgabe der Beschlüsse des Wahlausschusses alle Maßnahmen für den ordnungsgemäßen Ablauf treffen. In dringenden Fällen kann der Wahlleiter oder die Wahlleiterin anstelle des Wahlausschusses bis zu dessen Zusammentreten vorläufige Entscheidungen treffen, die der nachträglichen Bestätigung bedürfen.

(3) Der Wahlausschuss bzw. in dringenden Fällen der Wahlleiter oder die Wahlleiterin können zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen Anordnungen mit Wirkung für die gesamte Studierendenschaft treffen.

§16 Wahltermin

(1) Die Wahl findet während der Vorlesungszeit an zwei aufeinanderfolgenden Werktagen statt. Der Termin wird vom Wahlausschuss festgelegt; die Wahl soll möglichst parallel zu den Gremienwahlen durchgeführt werden. Die Wahlzeit dauert mindestens von 10-16 Uhr. Finden parallel zu den Wahlen auch die Wahlen zu den Hochschulgremien statt, kann die Wahlzeit durch einen Beschluss des Wahlausschusses angepasst werden.

(2) Der Wahltermin muss spätestens 22 Tage vor dem ersten Wahltag bekannt gemacht werden.

§17 Bekanntmachung der Wahl

(1) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin ist als Vorsitzende oder Vorsitzender des Wahlausschusses verantwortlich für die rechtzeitige und ausreichend zugängliche Bekanntmachung aller Einzelheiten der Wahl.

(2) Dazu gehören insbesondere:

1. wer wahlberechtigt und wählbar ist (nach §2);
2. die Bekanntmachung des Wahlverzeichnisses und der Antragsmöglichkeit gemäß § 9 und deren Fristen; die Voraussetzungen für die Einreichung von Wahlvorschlägen (vgl. §§ 20 und 21);
3. wie viele Mitglieder und Ersatzmitglieder zum Studierendenparlament jeweils zu wählen sind;
4. Einzelheiten des Wahlverfahrens wie, die Bekanntmachung der Möglichkeit einer Briefwahl. Termine und die organisatorischen Regelungen für die persönliche Abstimmung an den Urnen, Ort und Öffnungszeiten der Wahllokale;
5. den Hinweis, dass eine Stimmabgabe durch Stellvertretung ungültig ist (§2);
6. den Ort der Stimmauszählung nach Abschluss der Wahlhandlung.

IV. Wahlvorschläge

§18 Einreichung und Änderung von Wahlvorschlägen

(1) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingebracht werden. Sie müssen genaue Angaben enthalten, für welche Wahl - der Vorschlag bestimmt ist.

(2) Die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen endet am 12. Tag vor dem ersten Wahltag um 12.00 Uhr. Auf besonders begründeten Antrag kann der Wahlausschuss eine Nachreichungsfrist von höchstens sechs Stunden genehmigen.

§ 19 Anforderung an Wahlvorschläge

(1) Wahlvorschläge als Listenvorschläge müssen enthalten:

1. die Bezeichnung der vorgeschlagenen Liste (bzw. Hochschulgruppe),
2. Vor- und Zuname der Kandidierenden in Druckschrift,
3. ihre Fachbereichszugehörigkeit,
4. die studentische E-Mail-Adresse und
5. die Unterschrift der Kandidierenden.

(2) Die Kandidierenden sind in bestimmter Reihenfolge nummeriert aufzuführen. Sie müssen auf dem Vorschlag durch ihre Unterschrift erklären, dass sie ihrer Nominierung zustimmen.

§ 20 Rückzug und Änderung eingereicherter Listen

(1) Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist können Wahlvorschläge ergänzt, geändert oder zurückgenommen werden. Tag und Uhrzeit des Eingangs sind auf dem Wahlvorschlag zu vermerken. Soweit Ergänzungen und Änderungen vorgenommen werden, gilt der Zeitpunkt der Änderung oder Ergänzung als Zeitpunkt des Eingangs.

(2) Auch einzelne Kandidierende können von der Kandidatur zurücktreten. Der Rücktritt ist schriftlich mitzuteilen, bzw. muss die Kandidatur in Anwesenheit von mindestens zwei Wahlausschußmitgliedern persönlich widerrufen werden. Zurücktretende werden von der Kandidatenliste gestrichen. Die Person, die die Liste beim Wahlausschuss eingereicht hat, ist darüber zu benachrichtigen.

(3) Soll innerhalb der Einreichungsfrist eine gesamte Liste endgültig zurückgezogen werden, so ist dies nur möglich, wenn der Antrag auf Rückzug der gesamten Liste von mindestens zwei Drittel der Listenbewerber oder Listenbewerberinnen unterzeichnet ist bzw. diese gleichzeitig gegenüber mindestens zwei Mitgliedern des Wahlausschusses ihr Einverständnis erklären.

(4) Nach Ablauf der Einreichungsfrist ist eine Änderung der eingereichten Liste nicht mehr möglich. Der Rücktritt von einer Kandidatur hingegen ist noch bis zum Erstellen der Wahlzettel möglich.

§21 Endgültige Zulassung

Nach Ende der Einreichungsfrist beschließt der Wahlausschuss über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge. Wahlvorschläge, bei denen die Angaben zur Person unvollständig sind werden den vorschlagenden Listen oder Gruppen zur Ergänzung zurückgegeben. Der Wahlvorschlag muss dann am 12. Tag vor dem ersten Wahltag beim Wahlausschuss eingegangen sein, sonst gilt er als zurückgewiesen.

§22 Streichungen

(1) Wahlvorschläge, die den Anforderungen dieser Wahlordnung nicht entsprechen oder verspätet eingereicht werden, müssen zurückgewiesen werden. Wird festgestellt, dass eine Bewerberin oder ein Bewerber nicht wahlberechtigt ist, wird sie oder er gestrichen.

(2) Eine Bewerberin oder ein Bewerber, der oder die aus mehreren Wahlvorschlägen aufgeführt ist oder eine Wahlberechtigte oder ein Wahlberechtigter, der oder die mehrere Wahlvorschläge unterzeichnet hat, wird auf allen, außer den zuerst eingegangenen, gestrichen (gemäß §22)

§23 Bekanntmachung der zugelassenen Wahlvorschläge

Die zugelassenen Wahlvorschläge werden vom Wahlausschuss geordnet, in der Reihenfolge des Eingangs mit Ordnungsnummern versehen und in der endgültigen, festgelegten Fassung vom Wahlleiter oder von der Wahlleiterin unverzüglich an mehreren Stellen der Hochschule bekannt gemacht.

V. Wahlverfahren

§24 Ausweispflicht und Stimmabgabe

(1) Der oder die Wahlberechtigte erhält am Wahllokal unter Vorlage eines gültigen Lichtbildausweises und Studierendenausweises als Wahlunterlagen den Stimmzettel. Zur Stimmabgabe wird nicht zugelassen, wer sich nicht ausweisen kann, wer nicht im Wahlverzeichnis eingetragen ist oder wer laut Wahlverzeichnis bereits abgestimmt hat.

(2) Der oder die Wahlberechtigte begibt sich in eine Wahlkabine, kennzeichnet dort die Stimmzettel und legt sie in die Urne. Die Stimmabgabe wird im Wahlverzeichnis vermerkt. Es ist für ausreichende Möglichkeiten zur geheimen Stimmabgabe zu sorgen.

§25 Bestellung der Wahlbeisitzenden und deren Aufgaben

(1) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin bestellt im Benehmen mit dem Wahlausschuss Wahlbeisitzende für das Wahllokal.

(2) Es müssen immer mindestens zwei Wahlbeisitzende während der Wahlhandlung im Wahllokal anwesend sein. Die Wahlbeisitzenden führen das Wahlverzeichnis und geben die Unterlagen aus. Besondere Vorkommnisse während der Wahlhandlung im Wahllokal sind im Protokoll gesondert zu notieren.

(3) An den Wahlurnen ist die Wahlordnung auszulegen.

VI. Wahlsystem

§26 Gültigkeit der Stimmen

- (1) Bei der Stimmauszählung ist eine Stimme ungültig, wenn:
1. der Stimmzettel nicht vom Wahlausschuss hergestellt ist;
 2. der Stimmzettel nicht gekennzeichnet ist oder die Kennzeichnung den Willen des oder der Wählenden nicht eindeutig erkennen lässt
 3. der Stimmzettel einen Zusatz, eine Verwahrung oder sonstige Änderungen enthält, die nicht der Kennzeichnung dienen.

§27 Behandlung der Briefwahlzettel

- (1) Unmittelbar im Anschluss an die Wahl werden vor Beginn der Auszählung die nach §3 fristgerecht eingegangenen Wahlbriefumschläge vom Wahlausschuss einzeln geöffnet. Wenn die oder der auf dem Wahlschein angegebene Wahlberechtigte als Briefwähler oder Briefwählerin im Wahlverzeichnis vermerkt ist und keine sonstigen Beanstandungen zu erheben sind, werden die unbeanstandeten Wahlumschläge ungeöffnet in eine der Wahlurnen gelegt. Die Stimmabgabe ist im Wahlverzeichnis zu vermerken.
- (2) Ein Wahlbrief ist vom Wahlausschuss für ungültig zu erklären, wenn:
1. dem Wahlumschlag kein Wahlschein oder kein ordnungsgemäß unterschriebener Wahlschein beigelegt ist;
 2. der oder die Wählende nicht als Briefwähler oder Briefwählerin vermerkt ist.

§28 Verteilung der Sitze des Parlaments

- (1) Die Sitze werden möglichst genau im selben Verhältnis zugeteilt, wie abgestimmt wurde.
- (2) Es kommt das D'Hondt-Verfahren zur Anwendung

VII. Feststellung des Wahlergebnisses

§29 Feststellung und Veröffentlichung

Der Wahlausschuss stellt unverzüglich nach Ablauf des Wahltermins das Wahlergebnis fest und veröffentlicht es spätestens am 4. Tag nach der Wahl.

§30 Feststellungsbeschluss und Protokollierung

- (1) Über die Feststellung des Wahlergebnisses ist ein abschließender Beschluss zu fassen (Feststellungsbeschluss), den der Wahlleiter oder die Wahlleiterin und die Mitglieder des Wahlausschusses unterzeichnen müssen. Der Beschluss muss die Namen des Wahlleiters oder der Wahlleiterin und der Mitglieder des Wahlausschusses sowie als Anlage die eingereichten Wahlvorschläge und die Termine der Wahlhandlung enthalten.
- (2) Im Feststellungsbeschluss sind die Bezeichnung der zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter, die Zahl der zurückgewiesenen Wahlbriefumschläge, die Zahl der abgegebenen Stimmen, die Zahl der gültigen Stimmen und die Zahl der ungültigen Stimmen auszuführen.
- (3) Anschließend sind die Zahl der auf die einzelnen Wahlvorschläge und Listen entfallenen Stimmen und die hieraus resultierenden Sitze auszuführen.
- (4) Besondere Vorkommnisse bei der Feststellung des Wahlergebnisses sind zu Protokoll zu nehmen.

§31 Unterrichtung der gewählten Mitglieder

- (1) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin hat die gewählten Mitglieder des Parlaments der Studierenden von ihrer Wahl zu unterrichten. Wenn der oder die Gewählte die Wahl nicht innerhalb von fünf Tagen schriftlich ablehnt, gilt die Wahl als angenommen.

§32 Aufbewahrung des Wahlergebnisses

Die Wahlunterlagen werden beim StuPa-Präsidium zwei Jahre lang aufbewahrt.

§33 Nachrücker und Nachrückerinnen ins Parlament

(1) Scheidet ein Mitglied aus dem Studierenden Parlament aus, so beruft das Präsidium des Parlaments der Studierenden bzw. der Wahlleiter oder die Wahlleiterin ein Ersatzmitglied, das auf der Liste, aus der der ausgeschiedene Bewerber oder die Bewerberin gewählt wurde, gemäß §30 Abs. 2 an nächsthöchst Stelle steht.

(2) Infolgedessen verringert sich ggf. die Zahl der Mitglieder des Parlaments der Studierenden.

VIII. Wahlanfechtung

§34 Möglichkeit zur Wahlanfechtung

(1) Jede Wahlberechtigte oder jeder Wahlberechtigte kann die Gültigkeit der Wahl innerhalb einer Woche nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuss durch Einspruch unter Angabe von Beweismitteln anfechten. Der Einspruch ist schriftlich beim Wahlleiter oder der Wahlleiterin einzulegen und zu begründen.

(2) Der Wahlleiter oder die Wahlleiterin informiert unverzüglich die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses über die Wahlanfechtung.

(3) Gemäß § 14 Abs. 4 gibt der Wahlausschuss dem Wahlprüfungsausschuss eine verbindliche Stellungnahme über die Wahlanfechtung ab.

(4) Über den Einspruch entscheidet der Wahlprüfungsausschuss.

§35 Tätigkeit des Wahlprüfungsausschuss

Der Wahlprüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende, er ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind und fasst seine Beschlüsse in öffentlichen Sitzungen mit einfacher Mehrheit. Einem Einspruch kann nur entsprochen werden, wenn nach der Überzeugung des Wahlprüfungsausschusses der Verstoß zu einem anderen Ergebnis geführt hatte und dieses Ergebnis nicht berichtigt werden kann.

§36 Annullierung der Wahl

Wird die gesamte Wahl des gerade gewählten Parlaments der Studierenden für ungültig erklärt oder nicht ordnungsgemäß beendet, so ist dieses Studierendenparlament mit Abschluss der Sitzung, in welcher der entsprechende Beschluss durch den Wahlausschuss gefasst wurde, aufgelöst. Der Wahlprüfungsausschuss setzt die gerade gewählten Mitglieder davon in Kenntnis. Das bisherige Studierendenparlament hat innerhalb von zehn Vorlesungstagen in einer Sitzung den Wahlausschuss, den Wahlprüfungsausschuss und einen baldmöglichen Wahltermin für die Wiederholungswahl festzulegen. Ist das bisherige Parlament bereits aufgelöst, übernimmt das Präsidium des (bisherigen) Parlaments der Studierenden diese Aufgaben.

IX. Schlußbestimmungen

§37 Kosten

Alle der Studierendenschaft in Durchführung dieser Wahlordnung entstehenden Kosten werden aus deren Haushalt getragen.

§38 Inkrafttreten

Diese Wahlordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Hochschulanzeiger der Hochschule Kaiserslautern in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Wahlordnung außer Kraft.

Zweibrücken, 28.10.2014

Präsident des Studierenden Parlamentes
am Campus Zweibrücken

Daniel Ralf Jonathan Walter

Präsident der Hochschule
Kaiserslautern

Prof. Dr. Konrad Wolf